

TTIP: Das ist noch zu diskutieren

Gastbeitrag: Die Verhandlungsführer des **transatlantischen Handelsabkommens** sollten endlich ernsthaft **Folgenabschätzungen** für Umwelt und Gesellschaft vornehmen, meint Michael von Hauff.

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Diese Verhandlungen werden in der Öffentlichkeit einiger EU-Mitgliedsstaaten, besonders in Deutschland, zunehmend intensiv und kontrovers diskutiert. Heute sind die unterschiedlichen Positionen der Befürworter und Gegner klar. Die unversöhnlichen pro und contra Argumente scheinen also ausgereizt. Man könnte meinen, nochmals auf sie einzugehen, brächte keinen Erkenntniszuwachs, wie zum Beispiel bei der Kontroverse um eine mögliche Herabsetzung europäischer Umweltstandards. Gibt es überhaupt noch etwas zu diskutieren?

Folgenabschätzung steht aus

Deutschland verfügt seit 2002 über eine – im internationalen Vergleich – durchaus ambitionierte nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Es gibt einen Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, der sich 2014 neu konstituiert hat, sowie seit 2001 einen von der Bundesregierung berufenen Rat für Nachhaltige Entwicklung und überdies im Bundeskanzleramt einen Staatssekretärsausschuss für Nachhaltigkeit. Diese Gremien haben ganz wesentlich die Aufgabe, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu fördern beziehungsweise voran zu bringen. Insofern könnte man meinen, dass alle politisch relevanten Vorhaben wie TTIP im Rahmen dessen auf ihre Nachhaltigkeitswirkungen hin geprüft würden – zumal eine diesbezügliche Gesetzesfolgenabschätzung seit Jahren gesetzlich verankert ist.

Das scheint aber nicht der Fall. Es müssten jedoch die ökologischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen des angestrebten transatlantischen Handelsabkommens TTIP im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung analysiert werden. Da Gerechtigkeit hierfür konstitutiv ist, ist auch nach möglichen Auswirkungen auf die nationale und internationale Verteilung von Wohlstand zu fragen.

Zu den ökonomischen Wirkungen gibt es einen Konsens: Es können auf beiden Seiten des Atlantiks positive Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte erwartet werden; die Dimension und die Verteilung der Effekte aber werden kontrovers diskutiert. Wohl besteht Einigkeit, dass die Wachstums- und Beschäftigungseffekte erst dann wirklich greifen, wenn die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse abgebaut werden.

Risiken ökonomischer Wohlfahrtsgewinne analysieren

Der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse kann jedoch aus der Perspektive der EU-Mitgliedsländer negative ökologische und soziale Effekte verursachen. Die Relevanz wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass 80 Prozent der ökonomischen Wohlfahrtsgewinne aus der Harmonisierung, der Anerkennung oder dem Abbau von Regularien, Standards und Normen zu erwarten sind. Daher sind die potenziellen Negativeffekte näher zu betrachten. Potenziell negative ökologische Auswirkungen können grundsätzlich aus den nicht kompatiblen Rechtssystemen abgeleitet werden.

In der EU gilt das Vorsorgeprinzip, wonach Produkte wie Chemikalien und Lebensmittel oder Produktionsverfahren wie das Fracking erst dann zugelassen werden, wenn die Unbedenklichkeit auf Mensch und Natur wissenschaftlich nachgewiesen ►

KÖPFE & AUSSENANSICHT
8.5.2015 | Nr. 5

Autor



Michael von Hauff ist seit 1991 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Kaiserslautern. Seine wichtigsten Forschungsgebiete sind Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsökonomie. Er hält Gastvorlesungen an Universitäten und Instituten in Dehli, Myanmar und Singapur. Herr von Hauff ist Mitglied von Herausgeberbeiräten internationaler Publikationen wie etwa „Progress in Industrial Ecology“.

ist. Dagegen präferieren die USA das Nachsorgeprinzip, wonach es für Produkte und Produktionsverfahren solange keine besonderen Einschränkungen gibt, solange Risiken nicht wissenschaftlich nachgewiesen sind. Das hat aus umweltpolitischer Sicht und hinsichtlich des Verbraucherschutzes vielfältige Auswirkungen auf die Standards der Kennzeichnungspflicht und das Haftungsrecht. Eine Übernahme dessen in der EU würde hiesige Standards zwangsläufig senken.

Europäisches Vorsorgeprinzip ist zu bevorzugen

Potenziell negative soziale Effekte ergeben sich zunächst aus der Lockerung von Umweltstandards, was die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigen kann. Überdies kann sich die Reduzierung von „unnötigen Regularien“ des Verbraucherschutzes und der Arbeitnehmerrechte aus heutiger Sicht nachteilig auswirken, wie besonders die Gewerkschaften zu Recht betonen. Um dem entgegen zu wirken, sollten sich die Verhandlungspartner unter anderem auf die ILO-Kernarbeitsnormen verständigen.

In diesem Zusammenhang ist überdies grundsätzlich die originäre Zielsetzung von TTIP hinsichtlich des Konzepts nachhaltiger Entwicklung kritisch zu hinterfragen. Das Abkommen könne, so wird primär betont, Wachstums-, Beschäftigungs- und damit Wohlstandseffekte realisieren. Der zentrale Indikator hierfür ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Doch in den letzten Jahren haben Kommissionen in mehreren Ländern, darunter Frankreich, England und Deutschland, diesen Indikator für die Messung von Wohlstand als unzureichend erklärt. Das steht auch im Bericht der deutschen Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Offensichtlich werden diese Erkenntnisse bei den transatlantischen Verhandlungen ignoriert.

Verhandlungsführer ignorieren ökonomische Erkenntnisse

Schließlich sind potenzielle Verteilungseffekte von TTIP zu beleuchten. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Wachstum in vielen Ländern die Einkommensdisparitäten verstärkt hat. Exemplarisch seien zwei Studien der OECD genannt: „Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?“ (2008) und „Divided we Stand: Why Inequality Keeps Rising“ (2011). Folglich stellt sich die kaum diskutierte Frage, ob eine Steigerung des Wachstums durch TTIP die Einkommensdisparitäten in den Vertragsstaaten erhöht.

Darüber hinaus könnte die Realisierung von TTIP für die meisten restlichen Industrie- und insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer zu Wohlfahrtsverlusten führen. Man spricht hier von den handelsumlenkenden Effekten: Die Reduzierung der Handelskosten zwischen den Ländern des Freihandelsabkommens hätte zur Folge, dass die Handelsaktivitäten der vertragsschließenden Volkswirtschaften mit dem Rest der Welt abnehmen. Diese Effekte haben eine Reihe von Untersuchungen mit Berechnungen für unterschiedliche Szenarien nachgewiesen.

KÖPFE & AUSSENANSICHT
8.5.2015 | Nr. 5

Weiterführende Links

Weitere Informationen und Meinungen rund um TTIP können Sie unter anderem hier finden:

Europäische Union: » [Handelspolitik](#) und jüngste » [Verhandlungstexte vom 4. Mai 2015](#)

» [Umweltinstitut](#) - Fragen und Antworten zu Umweltwirkungen

Bundesministerium für Wirtschaft: » [TTIP-Beirat](#)

Berichterstattung des gemeinnützigen » [Recherchebüros Correctiv](#)

Berichterstattung von » [Euractiv](#)

BESTER FONDS

FONDSQUALITÄT
SEHR GUT

Triodos Bank N.V.
Deutschland
Triodos Sustainable
Mixed Fund (R-ris)

Handelsblatt

Ausgewogene Mischfonds
Im Test: 106 Fonds
handelsblatt.com - 28.11.2014
In Kooperation mit Assekurata

Ihr Geld hat den Wert, den Sie ihm geben. Investieren Sie nachhaltig.

Unsere Währung heißt Wandel.

www.triodos.de

Triodos Bank
Europas führende Nachhaltigkeitsbank